

„Sparziele verschieben“

Die SPD stellt bei der Bundeswehr Chaos in der Umsetzung der Strukturreform und eine gefährliche Unterfinanzierung fest

VON RAINER ARNOLD

Nach dem Rücktritt von Karl-Theodor zu Guttenberg steht sein Nachfolger Thomas de Maizière vor schier unlöslichen Aufgaben: Er muss eine Reform, genannt Bundeswehrstruktur, die sein Vorgänger überhastet und schlampig angefangen hat, zu einem möglichst guten Ergebnis führen. Er muss aus einer Wehrpflichtigenarmee eine Berufsarmee formen. Und er muss gleichzeitig über acht Milliarden Euro einsparen. Damit steht de Maizière vor einer wahren Herkulesaufgabe. Er muss alle Fragen, die zu Guttenberg einfach links hat liegen lassen, quasi bei laufendem Motor beantworten: Was heißt Bündnisverantwortung und Bündnisfähigkeit für eine kleinere Bundeswehr? Der sog. „level of ambition“ der Nato wird immer größer, die Haushalte aber werden immer kleiner. Auf welche Bedrohungsszenarien muss und kann sich die Bundeswehr noch einrichten?

Im internationalen Vergleich hat Deutschland zwar die größte Handelsbilanz, bei den Verteidigungsausgaben aber stehen wir – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – auf einer Ebene mit Dänemark. Als drittgrößte Exportnation der Welt profitieren wir zwar von der Globalisierung, aber für Verteidigung wollen wir in etwa so viel ausgeben wie Luxemburg. Wird die Bundeswehr durch den Sparerlass der Regierungskoalition noch kleiner als bislang vorgesehen? Fällt Deutschland außenpolitisch in die Bedeutungslosigkeit zurück? Ich kann mir nicht vorstellen, dass ausgerechnet die christ-

lich-liberale Koalition dies anstrebt.

Schon die Streitkräfte des Jahres 2011 sind in einem Zustand, der in keiner Weise dem vielpostulierten „burden sharing“ der internationalen Staatengemeinschaft entspricht. Wir profitieren von der sicherheitspolitischen Stärke unserer Partner, aber die Arbeit (siehe Libyen) lassen wir lieber die anderen machen. Aus dem Verteidigungsministerium heißt es jetzt, bei einem Einsparvolumen von 8,3 Milliarden Euro bis 2015 könnten nur noch 158 000 Soldaten finanziert werden. Mit diesem Umfang bekämen wir – gemessen an der Bevölkerungszahl – die kleinste Armee Europas. Verpflichtungen gegenüber den UN, gegenüber Nato und EU könnten wir nicht wie bisher erfüllen. Wir verlören an außen- und sicherheitspolitischem Gewicht in der Welt und verabschiedeten uns letztlich aus der Staatengemeinschaft.

Die Bundeswehr ist aus verschiedenen Gründen seit Jahren finanziell auf Kante genäht. Bis 2014 fehlen schon heute mehrere Infanterie-Kompanien für den Einsatz, begründete Ansprüche an Ausbildung und Qualität der Truppe werden aus blanker Not über den Haufen geworfen. In diesem Jahr laufen zudem alle großen Beschaffungsvorhaben auf den Einzelplan 14 zu. Jeder kann sich leicht vorstellen, was das für die finanzielle Ausstattung und Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten bedeutet und für deren Motivation.

Um es klar zu sagen: Wir Sozialdemokraten sind keine Gegner einer klugen Bundeswehrreform, im Gegenteil. Vieles von dem, was die

sogenannte Weise-Kommission 2010 in ihren Abschlussbericht geschrieben hat, ist richtig. Niemand, erst recht nicht die Angehörigen der Bundeswehr, finden aber Vertrauen zu der Reform, wenn die entscheidende Frage nach einer soliden Finanzierung ausbleibt. Das betrifft vor allem den freiwilligen Wehrdienst. Wenn der neue Dienst für junge Männer und Frauen nicht erkennbar attraktiver wird, bleiben die Stellen vakant. Erste Ergebnisse sind in den Kreiswehrratsämtern schon zu besichtigen. Ein Attraktivitätsprogramm für die Bundeswehr kostet nach Schätzungen von Haushaltsexperten rund eine Milliarde Euro.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, die Einsparziele zu verschieben, ein Attraktivitätsprogramm für die Bundeswehr zu beschließen, das diesen Namen verdient, und beim Reformtempo maßzuhalten. Gerade die Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade brauchen attraktive Bedingungen für ihre gefährliche Arbeit. Längere Stehzeiten, Ausrüstungsmängel und fehlende Übungsmöglichkeiten gehören nicht dazu. Auch Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten benötigen langfristige Perspektiven. Sonst fährt die Bundeswehr vor die Wand.

Rainer Arnold
(60) ist verteidigungspolitischer Sprecher der SPD im Bundestag und Mitglied des Fraktions-

vorstandes. Der Pädagoge war ein engagierter Kämpfer für die Beibehaltung der Wehrpflicht